

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
 Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
 Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherr.  
 Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.  
 Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelleiste:  
 Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
 Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

## An unsere Mitglieder

### Kollegen und Kolleginnen!

Immer noch tobt der Weltbrand, das furchtbare Ringen der Völker gegeneinander. **Trotz des wiederholten Friedensangebotes der Mittelmächte** haben deren Gegner die Hand zum Friedensschluß schroff zurückgewiesen und Kriegsziele aufgestellt, die die territoriale Zertrümmerung Deutschlands und die Unterbindung seiner wirtschaftlichen Entwicklung bezwecken.

Unermessliche Opfer hat der Krieg allen Völkern auferlegt, unersetzbare Kulturgüter vernichtet, schier unheilbare Wunden geschlagen und noch ist kein Ende dieses blutigen Krieges abzusehen. Im Westen ist eine der gewaltigsten, in der Weltgeschichte noch nie dagewesene Schlacht entbrannt, die die bisher gebrachten Opfer an Gut und Blut abermals um ein Bedeutendes erhöht. Niemand kann heute sagen, wann sich die Regierungen der kriegsführenden Staaten zu Friedensverhandlungen zusammenfinden werden.

Schwer lastet auf den Völkern — besonders auf der Arbeiterschaft — der Druck des Krieges. Groß sind die Schwierigkeiten aller Art, die sich aus ihm ergeben. Sicherlich sind besonders die Schwierigkeiten in der Volksernährung zum Teil nicht ohne Verschulden der zu ihrer Regelung berufenen Stellen entstanden. Sicherlich könnte manches gerade auf diesem Gebiete besser sein, wenn unsere Warnungen, unsere Mahnrufe und **Ratschläge rechtzeitig und schnell mehr Beachtung gefunden hätten.** Grund genug ist daher zur Mißstimmung und Erbitterung durch die Nichtachtung dieser Ratschläge, Wünsche und Warnungen vorhanden. Natürlich und erklärlich sind auch die hier und da erfolgten Ausbrüche dieser Mißstimmung, erklärlich das Murren gegen die vermeintlichen Urheber und Förderer dieser Not. Vergesst dabei aber auch nicht, daß die Hauptursache der bestehenden Ernährungsschwierigkeiten die von unseren Feinden bewirkte **Absperrung jeder überseeischen Einfuhr** ist, die erst mit der Beendigung des Krieges verschwinden wird.

Berechtigt ist der Ruf nach Abhilfe und das Verlangen nach Rechenschaft; berechtigt auch der Hinweis auf die Schädigung der Volkskraft. Nicht weniger berechtigt ist aber auch das Verlangen nach Beseitigung der Ursachen dieser Volksbedrängnisse, der Ruf nach Beendigung des Krieges und die Sehnsucht nach Frieden; berechtigt ferner das Verlangen nach Sicherheiten zur Verhütung solcher Weltkatastrophen. Und doch artet diese Mißstimmung, Erbitterung und Empörung gar zu leicht in eine Verbrossenheit aus und wird damit zu einer ernstlichen Gefahr für die **Solidarität mit unseren draußen am mörderischen Kampfe beteiligten Arbeitsbrüdern und Volksgenossen**; erschüttert deren Vertrauen zu uns.

**Verzögerung des Vertrauens zu uns bedeutet Verringerung des Selbstvertrauens, Verringerung der Widerstandskraft.** Erlahmen der Widerstandskraft bedeutet Schwächung des Verteidigungswillens und letzten Endes das Unterliegen unter den Anstürmen der zahllosen Feinde. Das haben wir als Gewerkschafter nur zu oft erlebt. Mancher unserer wirtschaftlichen Kämpfe hat ergebnislos beendet werden müssen, weil es an dem erforderlichen Selbstvertrauen und der Widerstandskraft der beteiligten Arbeiter gefehlt hat.

Darum, Kolleginnen und Kollegen, seid eingedenk der vielen Opfer, die jede Minute, jede Stunde, jeder Tag des entsetzlichen Völkermordens von unserem Volke und nicht zuletzt aus dem Volk der Arbeit fordert. Seid eingedenk der großen auf euch lastenden Verantwortung gegenüber unseren zur **Verteidigung auf den Schlachtfeldern stehenden Arbeitsbrüdern.** Gedenket auch der Stunde, da euer eigen Fleisch und Blut euch wegen eures Mangels an Solidarität mit den Kämpfenden nach Abschluß des Krieges zur Verantwortung zieht. Tut eure Schuldigkeit als Waffenschmiede, damit unsere Arbeitsbrüder und Volksgenossen draußen die ihre zu ihrem und unserem Schutze tun können.

**Gebt sie nicht schutzlos den ungeheuren Angriffen der Gegner preis.**

Wahet! Habt ihr trotz aller Bedrängnisse wacker eure Pflicht erfüllt, erfüllt diese eure Pflicht noch weiter, selbst wenn die Bedrängnisse sich noch steigern. **Lehnt eure Ohren nicht den falschen Propheten, die euch mit gleisnerischen Versagen von eurer ernstlichen und verantwortungsvollen Pflicht abdrängen,** auch in der ernstlichen und schwersten Stunde unseres Volkes zur Erklämpfung von „Friede — Freiheit — Brot“ zu Arbeitseinstellungen zu veranlassen suchen. Haltet fest an den Grundsätzen unseres eigenen **Vertrages, unserer Gewerkschaft, die in der erfolgreichen Vertretung eurer Interessen von jeher und auch im Kriege nicht erlahmt ist und euch auch fernerhin treu zur Seite stehen wird.** Seid eingedenk der Tatsache, daß Tausende und Abertausende unserer Verbandskollegen euch den Verband als teures Kleinod in

Gewahrsam gegeben haben; die Organisation ungeschwächt und in sich geschlossen, wie sie diese verlassen mußten, von euch zurückverlangen. Haltet fest an den gewerkschaftlichen Aufgaben und Grundsätzen, die wir uns im Verband gestellt haben und macht peinlich darüber, daß die Streitigkeiten, die die politische Arbeiterbewegung in eine so bedauerliche Lage gebracht haben, unserem Verbands fernbleiben. **Besonders in letzter Zeit haben es einige unserer Verbandskollegen sowie außerhalb unseres Verbandes stehende Personen versucht, Mitgliedschaften unseres Verbandes zu Arbeitseinstellungen, zu politischen Zwecken zu mißbrauchen und dies leider auch in einigen Fällen erreicht,** ohne allerdings den in Aussicht gestellten Erfolg damit zu erreichen.

Der von gewissenloser Seite den deutschen Arbeitern empfohlene „Generalstreik“ kann schon seinem Wesen nach weder den von uns allen ersehnten Frieden, noch eine Erleichterung der Ernährungsschwierigkeiten bringen; er verzögert vielmehr nur den Friedensschluß und vermehrt die Leiden des Volkes. **Allein die Stilllegung der Eisenwerke, der Munitionsfabriken und der Transportmittel würde genügen, die vorhandenen Schwierigkeiten ins Ungemessene zu steigern.** Die rechtzeitige Heranführung der Lebensmittel aus den Überschussgebieten in die Bedarfsbezirke wäre damit unmöglich gemacht und die städtische Bevölkerung, vor allem die deutschen Arbeiter, auf das allerschwerste davon betroffen.

Mitglieder unseres Verbandes, ihr seid vor solchen falschen Freunden hiermit dringend gewarnt. Verlaßt in dieser harten und ernstlichen Zeit nicht den Boden der uns selbst gegebenen Verfassung. Auch in Kriegszeiten ist die Verfassung, unser Verbandsstatut, der einzige und beste Ratgeber und Wegweiser. Derjenige, der sich an diesen Wegweiser nicht hält, stellt sich außerhalb des Statuts und damit außerhalb unseres Verbandes. In welchen Fällen zur Waffe der Arbeitseinstellung gegriffen werden soll und darf, ist in unserm Verband verfassungsmäßig festgelegt, ebenso daß die Entscheidung über die Anwendung dieses Kampfmittels beim Verbandsvorstand liegt. **Daß aber dieses Mittel erst angewendet werden darf, wenn alle Versuche einer gütlichen Verständigung gescheitert sind,** ist ein in Zeiten des Friedens allgemein beobachtetes, von unseren Generalversammlungen ausdrücklich und wiederholt gebilligtes Verfahren, gilt insbesondere auch zu Zeiten des Krieges, zumal da heute gesetzliche Einrichtungen bestehen, die auf Anrufung schlichtend eingreifen haben. Diese Einrichtungen sind geschaffen, um den Arbeitern möglichst schnell zu ihrem Rechte zu verhelfen und um Erschütterungen im Wirtschaftsleben zu vermeiden, weil solche Erschütterungen zur Beunruhigung und Schwächung unserer Grenzschutz- und Verteidigungslinien führen müssen. **Tragen die geschaffenen Schlichtungseinrichtungen an irgend einem Orte den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter, je nicht genügend Rechnung, dann ist durch Vorkaufwerden bei den weiterhin nachgeordneten Instanzen auf Abhilfe zu dringen.**

**Darum vergeht sich an seinen Volksgenossen, an seinen Arbeitsbrüdern, an seinem eigenen Fleisch und Blut draußen auf den Schlachtfeldern, jedes Verbandsmitglied, das sich an Arbeitseinstellungen und Demonstrationen zu politischen Zwecken, die im Widerspruch mit unserem Statut stehen, beteiligt oder solche gar selbst einleitet.**

Der Verband muß einheitlich und geschlossen bleiben, mehr denn je. Die Kriegszeit mit ihren ungeheuren Kriegsgewinnen hat die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums außerordentlich gestärkt. Große Wirtschaftskämpfe sind nach eingetretener Friedensschluß zu erwarten, die hohe Anforderungen an die gewerkschaftliche Organisation stellen werden. Der Verband muß demgegenüber gerüstet sein und darf keine Schwächung erfahren. Das war bis jetzt nicht der Fall. Erst im letzten Vierteljahr konnte der Verband einen hocherfreulichen agitatorischen Erfolg erzielen. Seine Mitgliederzahl stieg von 247360 am 31. Dezember 1916 auf 281000 im März dieses Jahres. Sie wird weiter steigen und den Einfluß des Verbandes stärken, wenn in dem allbewährten Sinne weitergearbeitet wird.

**Insbesondere verlangen wir von unseren Vertrauensleuten, daß sie den unverantwortlichen Treibereien keinen Vorstoß leisten, ihnen vielmehr auf das allerentschiedenste entgegenreten.** Den berechtigten Wünschen der Mitglieder kann nur im innigen Einvernehmen mit den zuständigen Verbandsstellen Geltung verschafft werden. Die Vertrauensleute haben die Pflicht, aufklärend zu wirken und die Ortsverwaltung laufend und rechtzeitig über alle Vorkommnisse in den Betrieben zu unterrichten. An diese Verbandspflicht sei hiermit auf das nachdrücklichste erinnert.

**Kolleginnen und Kollegen! Wollt ihr nach wie vor Solidarität mit unseren draußen stehenden Volksgenossen, Arbeitsbrüdern und Verbandskollegen üben, so dürft ihr sie nicht schutzlos dem mörderischen Feuer der Gegner ausliefern.** Beachtet diese Mahnung und wahrt die Geschlossenheit und Einigkeit in unserm Verband,

Der Streik der Berliner Rüstungsarbeiter

Berlin, 19. April 1917.

Die Hauptursache des Streiks, der am Montag, dem 16. April, in der Rüstungsindustrie Berlins ausbrach und auch am Dienstag, dem 17. April, währte, ist der Unwille der Arbeiter über die bisherige mangelhafte Regelung der Lebensmittelverteilung.

Die Streikbewegung ist spontan entstanden. Ohne Zutun der Organisation ist die von den Arbeitern ins Werk gesetzte worden. Erst als festgestellt wurde, dass mit dem Streik als mit einer unumkehrbaren Tatsache gerechnet werden müsse, erteilte die am letzten Sonntag nicht wegen dieser Angelegenheit, sondern aus geschäftlichen Gründen — abgehaltene Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes ihrer Ortsverwaltung den Auftrag, die Leitung der Bewegung in die Hand zu nehmen, damit sie nicht zu einem unermesslichen milden Streik ausarte, sondern in geregelten Bahnen verlaufe.

Nachdem der Streik ausgebrochen war, kam es durch die Vermittlung des Oberbürgermeisters Wermuth zu einer Besprechung mit den für die Ernährungsfragen zuständigen Staatsbehörden. Sie wurde am Montag nachmittag abgehalten. An ihr nahmen teil der preussische Staatskommissar für das Ernährungswesen, Michaelis, Oberbürgermeister Wermuth als Vertreter der Lebensmittelverteilung in Groß-Berlin, die beiden Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes Lohse und Giering, sowie Köstler als Vertreter der Berliner Gewerkschaften und eine Kommission der Streikenden, die am Montag nachmittag in einer Konferenz gewählt worden war, zu der jeder im Auslande befindliche Betrieb einen Vertreter entsandt hatte.

Die Wünsche, welche die Vertreter der Streikenden in der Sitzung mit dem Staatskommissar vortrugen, drehten sich lediglich um die Ernährungsfrage. Sie forderten eine gerechte Regelung der Verteilung und wünschten dringend, daß die Versprechungen, welche in letzter Zeit hinsichtlich der Lebensmittelversorgung von den zuständigen Stellen gegeben wurden, unbedingt erfüllt werden und man nicht wieder Enttäuschungen erleben müsse, wie es nach früheren Versprechungen der Fall gewesen sei. Ferner wurde gefordert, daß der immer noch lebhaft betriebene Schleichhandel mit Lebensmitteln unterbunden werde, weil durch ihn große Mengen von Lebensmitteln der Gesamtheit entzogen und einer kleinen Zahl von Personen zugestrichelt werden, die in der Lage sind, viel höhere als die festgesetzten Preise zu zahlen. Schließlich wurde noch der Wunsch ausgesprochen, es möchte als Vertretung der Arbeiter bei der Regelung der Lebensmittelversorgung eine Kommission eingesetzt werden, die über jede beschlossene Veränderung der getroffenen Maßnahmen, sowie über deren Notwendigkeit informiert wird. Bei der Kommission sollen auch Beschwerden über Nichterfüllung der hinsichtlich der Lebensmittelversorgung gemachten Zusicherungen angebracht und der Kommission das Recht erteilt werden, diese Beschwerden beim Staatskommissar und beim Oberbürgermeister zu vertreten und auf Abhilfe hinzuwirken.

Die Aussprache währte 4 bis 5 Stunden. Die Vertreter der Arbeiter erhielten folgende Zusicherung:

Der Staatskommissar für Volksernährung, Erzellenz Michaelis, hat in der heutigen Besprechung seine Erklärungen in der Freitagabendverhandlung wiederholt, daß hinsichtlich der wichtigsten Nahrungsmittel, nämlich des Brotes, des Fleisches und der Kartoffeln, die Sicherheit geboten sei, daß die jetzt für die nächsten Monate festgesetzten Rationen der Bevölkerung auch zugeführt werden können. Es sei nachdrücklich der jetzt schwebenden Maßnahmen der Lebensmittelversorgung damit zu rechnen, daß die erhofften Mehrbeihilfen sich auswirken würden. Jedemfalls seien alle Anordnungen dahin getroffen, die Befehle durchgreifend zu erfüllen und den Konsumanten zuzuführen. Wenn irgendwo Störungen auftraten sollten, würden sie nur vorübergehend und lokaler Natur und die Folge von Transport Schwierigkeiten sein und würden dann jederzeit durch die angeordneten Erschließungen in Wehl ausgeglichen werden.

Für die wirksamere Erfassung weiterer Nahrungsmittel, wie Eier, Fleisch und Gemüse, sei die Durchführung einer wirksameren Organisation zur Erfassung der Güter in weiten Teilen des Landes bereits durchgeführt und in den übrigen in der Entwicklung. Das System der Erfassung werde das der Landlieferung beziehungsweise der Schaffung von Sammelstellen sein, die in jedem einzelnen Dorf den Verkauf der Landesprodukte vornehmen sollten. Gleichzeitig werde durch das Verbot des Verkaufs unter der Hand, im Schleichhandel, die Möglichkeit genommen werden, die Landesprodukte wie bisher der Allgemeinheit zu entziehen und lediglich leistungs-fähigen Kreisen vorzubehalten.

Der Staatskommissar erklärte ferner sein Einverständnis, daß die heute versammelten Vertreter der Arbeiter als ständige Kommission bei dem Oberbürgermeister von Berlin beziehungsweise dem Arbeitsausschuß für Groß-Berlin in Fragen der Verteilung der Nahrungsmittel fungieren, und erklärte sich gern bereit, auch ferner diese Kommission über die Ernährungsfragen auf dem laufenden zu halten und sie insbesondere zu hören, wenn durch Veränderung in den Beständen oder aus anderen Gründen, Veränderungen in der Verteilung der Nahrungsmittel für die Bevölkerung Groß-Berlins in Frage kämen.

Es wird also die Lieferung der festgesetzten Rationen, eventuell Erschließung zusätzlicher, ferner die wirksame Bekämpfung jenseitiger Nahrungsmittel und das unbedingte Verbot des Schleichhandels. Auch die von den Arbeitern gewünschte Kommission ist anerkannt worden. Sie besteht aus den Vertretern der Streikenden, die an der Sitzung beim Staatskommissar teilgenommen hatten, sowie den Gewerkschaftsführern Lohse, Köstler und Giering. Die Kommission wird schon an einem der nächsten Tage ihre erste Sitzung im Berliner Rathaus abhalten, um zunächst ein Programm für ihre Tätigkeit aufzustellen. Hierzu gehört unter anderem die Regelung der Lebensmittelversorgung für Schüler und Schwerarbeiter.

Nachdem die Arbeiterüberlegenheit in der Ernährungsfrage betrieblig geregelt wurde, besprachen die Arbeitervertreter in der Sitzung mit dem Staatskommissar noch einige andere Fragen, die mit dem Streik in Verbindung stehen. Man wünschte, daß die Streikenden, die vom Militärdienst auf Kaskaden freigestellt sind, gesteuert werden könnten, und wünschte eine Zusage, daß berufliche Beförderungen nicht vorgezogen werden. Staatskommissar Michaelis hat nach Aussprache mit den in Frage kommenden Behörden erklärt, daß jede Beförderung der Streikenden wegen ihrer Beteiligung an der Arbeitsverweigerung unterbleiben wird.

Schließlich kam noch eine Angelegenheit zur Sprache, die bei den Streikenden lebhaften Unmut hervorgerufen hat. Ein Funktionär des Metallarbeiter-Verbandes ist nämlich am 14. d. Mts. aus nicht bekannten Gründen unter dem Vorwand, daß er in auswärtiger Weise zum Militärdienst eingezogen werden. Die Arbeiter halten den betreffenden Mann für einen unehrlichen Soldaten und sind nicht für militärische Dienste und glauben deshalb, seine Einberufung als ungesetzliche Maßnahme anfechten zu müssen. Diese Meinung wird noch beharrlich vertreten, daß der Einberufung ein verhältnismäßig hohes Gehalt beizugeben wäre, beim Militär eine Verteilung auf Geschützstände überlassen würde. Die Vertreter der Streikenden fordern, daß die als Beförderung angesehenen Maßnahmen gegen den Streikenden nicht geschehen.

gemacht werden. Staatskommissar Michaelis erbot sich, diese Angelegenheit an zuständiger Stelle zur Sprache zu bringen und meinte, wenn es so sein sollte, wie die Arbeitervertreter vortrugen, dann würde wohl ihr Wunsch von der zuständigen Stelle erfüllt werden. Wegen dieser Angelegenheit möge sich die Kommission der Arbeiter mit dem Oberkommando in Verbindung setzen. Am Montagabend wurde eine Versammlung der Betriebsvertreter der Streikenden über das Ergebnis der Verhandlung eröffnet. Die Meinung der Versammlung ging dahin, daß zwar nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt seien, daß man sich aber soweit es sich um die Ernährungsfrage handelt, mit den Zusicherungen des Staatskommissars zufrieden geben und der bestimmten Erwartung, daß dieselben auch unbedingt erfüllt werden. Die Abstimmung ergab die fast einstimmige Annahme der angeführten Regelung der Ernährungsfrage.

Als noch nicht erledigt erklärte die Versammlung die Angelegenheit des zum Militärdienst eingezogenen Funktionärs. Die Versammlung verlangte, daß vor der Wiederaufnahme der Arbeit diese Angelegenheit mit dem Oberkommando in befriedigender Weise geregelt werden müsse.

Am Dienstag vormittag verhandelte dann die Kommission mit dem Oberkommando. Nach einer mehrstündigen Besprechung wurde der Kommission die Zusage gemacht, daß der Betreffende, falls er ohne Grund einer Abweisung für Geschlechtskrankheiten zugewiesen sein sollte, aus der Abstellung sofort wieder entfernt werden wird, und daß er auf demselben Wege, auf dem Militärdienst entlassen wird, wenn ihn ein Betrieb reklamiert, falls eine Nachprüfung ergeben sollte, daß er aus anderen als militärischen Gründen eingezogen worden sei. Die Herren im Generalkommando versicherten aber, daß niemand anders als aus militärischen Gründen eingezogen wird.

Am Dienstag nachmittag wurde den Vertretern der Streikenden auch über diese Verhandlung Bericht erstattet. Die Versammlung war zunächst nicht befriedigt über die etwas unbestimmte Zusage des Oberkommandos. Nach längerer Aussprache erklärte sie jedoch, daß sie trotz früherer Erfahrungen in anderen Fällen der Zusicherung des Oberkommandos vertraue. Die Versammlung erwartet, daß sie in ihrem Vertrauen nicht getäuscht werde. Die Versammlung beschloß dann mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit, den Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit am Mittwoch früh zu empfehlen.

Arbeiter- oder Arbeitskammern

Seit Jahrzehnten bemüht sich die deutsche Arbeiterschaft vergeblich, zu einer gesetzlichen Interessenvertretung zu gelangen. Ihre Wünsche und Forderungen, die in der verschiedensten Art, durch Anträge, Resolutionen und Gesetzentwürfe laut geworden sind, fanden bis heute keine Erfüllung. Und wenn ihrem und dem Drängen bürgerlicher Kreise entsprechend eine Vorlage an den Reichstag gelangte, war sie derartig beschaffen, daß die Vertreter der Arbeiter gern darauf verzichteten. Es ist ein dornenvoller Weg, den bis heute der Gedanke einer Arbeiter- oder Arbeiterkammer zurückgelegt hat. Und wenn nach neuerlichen Zeitungsnachrichten die Reichsregierung die Absicht hat, dem Reichstage demnächst einen Entwurf vorzulegen, dann zeigt sich ein Hoffnungsstrahl von Bedeutung, weil in den letzten Jahren mehrmalige Versuche einer gesetzlichen Regelung an der Engbergigkeit der Regierung gescheitert sind.

Wenn demnach auch eine gewisse Aussicht besteht, daß in nicht zu ferner Zeit die Hoffnungen erfüllt werden können, so ist ein Stück Arbeit auf die Leidensgeschichte der Arbeitskammern nicht ohne Wert, weil auch bei den neuen Beratungen die Frage entsteht, ob die Arbeitskammer von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam besteht oder ob eine nur aus Arbeitern bestehende Arbeiterkammer zuzubehalten ist.

Bereits im Jahre 1877 brachte die sozialdemokratische Partei einen Antrag auf Schaffung von Gewerkekammern im Reichstage ein, die paritätisch besetzt sein sollten. Im Arbeitergesetz-Entwurf vom Jahre 1884 war ebenfalls die Forderung von Arbeitskammern enthalten. Auch in den Jahren 1899 und 1903 hielt die sozialdemokratische Fraktion an diesen Anträgen fest. Im Gegensatz dazu wurde 1901 im württembergischen und später auch in anderen einzelstaatlichen Landtagen die Forderung nach Arbeitskammern vertreten. Eine wesentliche Förderung erhielten die Bestrebungen durch die bekannte Februarrede Wilhelms II. vom Jahre 1890, in denen der Arbeiterschaft auch eine Interessenvertretung in Aussicht gestellt wurde. Trotzdem blieb aber die Reichsregierung völlig untätig, wenigstens in den Jahren danach von Sozialpolitikern mehrmals Anträge in dieser Richtung gestellt wurden, so unter anderem vom Freiherrn v. Seyl im Jahre 1899, wo der Ausbau der Gewerbe-gerichte verlangt wurde. Diesem Gedanken war die Reichsregierung nicht abgeneigt, und deshalb erklärte im Jahre 1904 Graf von Posadowski im Reichstage, daß die Errichtung von Arbeitskammern im Anbange an die Gewerbegebiete geplant sei. Ein bestimmter Entwurf wurde aber nicht vorgelegt.

Das Vorhaben gab aber dem 5. Deutschen Gewerkschaftskongress, der am 22. Mai 1905 in Köln zusammentrat, Anlaß, sich eingehend mit der Errichtung zu befassen. Erstmals gelangte aber auf dieser Tagung der Gedanke einer reinen Arbeiterkammer zur Sprache. Und zwar sprachen sich etwa vier Fünftel der anwesenden Delegierten und der durch sie vertretenen Stimmen für die Arbeiterkammer aus. Der Grund bestand hauptsächlich darin, daß aus Gründen der Wirksamkeit und nachdem die Unternehmer für ihre Angelegenheiten bereits einseitige Anstalten haben, auch auf einseitigen Arbeitskammern bestanden wurde. Als unerläßliche Voraussetzung erachtete aber der Kongress, daß das aktive und passive Wahlrecht zu den Arbeitskammern auf der Grundlage der Regalkriterien aller großjährigen Arbeiter und Arbeiterinnen in Bergbau, Industrie und Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft erteilt werden, und daß die besoldeten Angestellten der Berufsvereine ebenso wie besoldete Arbeiter wählbar seien.

Über auf diese Wünsche irgendwie einzugehen, veröffentlichte im Februar 1906 die Reichsregierung den ersten Entwurf über die Errichtung von Arbeitskammern. Diese sollten für die Unternehmer und Arbeiter eines oder mehrerer Gewerbegebiete in Anlehnung an die gewerblichen Berufsgenossenschaften errichtet werden. Die Kosten seien von den Berufsgenossenschaften zu tragen. Das aktive Wahlrecht war mit 25, das passive erst mit 30 Jahren zu erlangen. Dem Gesetz ausgenommen sollten die Arbeiter und Gesellen im Handwerk, die Arbeiter in Handelsgeschäften, sowie alle Angestellten sein, für die ein besonderes Gesetz vorgesehen wurde. Die Arbeitskammern sollten berufen sein, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen, die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer und Arbeiter der in ihnen vertretenen Gewerbegebiete sowie auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeiter wahrzunehmen. Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, sollten nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammer fallen. Die Vertreter der Unternehmer sollten von den Vertretern der Berufsgenossenschaften, die Vertreter der Arbeiter je zur Hälfte von den Mitgliedern der jeweiligen Arbeitervereine und der zur Beratung der Unfall-

verhütungsvorschriften gewählten Arbeitervertreter gewählt werden. Der Entwurf kam nicht an den Reichstag.

Der zweite Entwurf gelangte im Jahre 1908 an den Reichstag. Er wies nur sehr geringe Veränderungen gegen den ersten Entwurf auf, wurde aber einer ernsthaften Beratung in der Reichstagskommission unter dem Vorsitz des Genossen Legien unterzogen. In der allgemeinen Aussprache war die Mehrheit für die Arbeitskammern eingetreten, nur die Sozialdemokraten und die Polen waren für die einseitigen Arbeiterkammern. Bei diesem Anlaß war es, als der damalige Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Herr von Bethmann Hollweg, unter Ablehnung der reinen Arbeiterkammern erklärte, daß ein Bedürfnis danach nicht bestehe. Die Arbeiterschaft habe bereits ihre großen Berufsorganisationen, neben denen man nicht einfach neue Berufsvertretungen schaffen könne. Man könne dann dahin, die gewerblichen Organisationen zur Grundlage der Arbeitskammern zu machen. „Was an der Organisation von Arbeitern geschehen kann, das geschieht und ist geschehen von den Gewerkschaften in allen ihren Schattierungen, und alles, was von einer reinen Arbeitervertretung in ihrem Wirkungsbereich zum Besten der Arbeiter gezogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften ihre Tätigkeit tatsächlich erstreckt. Kein Gesetzgeber hätte mit der Absicht, mit der Energie, mit dem Organisationsstolz, auch nicht mit dem rückwärtslosen Draufgängertum der gewerblichen Bewegung in Konkurrenz treten können. Neben den Verbänden sei kein Platz für neue Gründungen. Die Arbeiterorganisationen bedienten sich der schärfsten Mittel. Aber kein Staat könne Streit- oder Boykottkammern gründen. Möge der wirtschaftliche Kampf zur Notwendigkeit geworden sein, so könne der Staat diesem Kampf gegenüber immer nur die Stellung einnehmen, daß er seine Ursachen beseitigen, seine Formen zu mildern und auf möglichst schnelle Beilegung hinzuwirken habe.“ Alle diese Anerkennung konnte aber die Regierung nicht veranlassen, daß sie sich mit der von allen Parteien (außer der konservativen) verlangten Wählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen befreunde.

Die Reichstagskommission bemühte sich nun, den Entwurf zu verbessern. Die Errichtung der Arbeitskammern sollte statt den Landeszentralbehörden dem Bundesrat übertragen werden. In dem Ausschluß der Handwerker, soweit sie zu einer Sitzung gehörten, wurde festgehalten. Die Ausgaben der Kammern wurden etwas erweitert. Sie sollten selbständig Umfragen veranstalten dürfen, bei Tarifverträgen mitwirken und paritätische Arbeitsnachweise errichten können. Ueber die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen wurde beschlossen, daß ein Viertel der Vertreter aus Personen bestehen dürfe, die nicht mehr im Berufe tätig sind. Das aktive Wahlrecht wurde auf 21 Jahre, die Wählbarkeit auf 25 Jahre festgesetzt. — Die Regierung hielt auch jetzt noch an der Weigerung fest, die Gewerkschaftsangehörigen von der Wählbarkeit auszuschließen, sie erklärte den Entwurf für sie als unannehmbar. Die Mehrheit der Kommission bestand aber auf ihren Beschließen und so trug man sich mit dem Hoffnung, daß der Entwurf bereits gleich nach Ostern 1909 endgültig beraten und am 1. Januar 1910 in Kraft treten könne.

Den großen Hoffnungen machte aber die Schließung des Reichstags noch vor der dritten Lesung ein Ende. Dafür erschien im Februar 1910 der dritte Entwurf. Dieser hielt an der sachlichen Gliederung der Arbeitskammern fest. Vor der Errichtung war die Bedürftigkeit zu prüfen. Alle Angestellten, auch die in gewerblichen Betrieben tätigen Techniker und Werkmeister sollten von der Unterstellung unter das Gesetz ausgeschlossen sein, ebenso wieder der gesamte Handelsstand, auch die Arbeiter im Handels-gewerbe. Festgehalten wurde auch am Wahlrecht mit 25 und der Wählbarkeit mit 30 Jahren. Und für die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen bestand wieder das „Unannehmbar“.

Wieder erfolgte eine Kommissionsberatung, die nur unwesentliche Veränderungen ergab. Die berufliche Gliederung wurde beibehalten, das Handwerk aufgenommen, aber die Arbeiter und Angestellten im Handels-gewerbe und in den Apotheken, ebenso die Angestellten gewerblicher Betriebe, Techniker usw. sollten ausgeschlossen sein. Für die Unternehmer war ein Mehrheitsrecht vorgesehen, aber die Geltung auch auf die Fabriken und die Werkstätten der Eisenbahn ausgedehnt worden. Neu war, daß vor der Errichtung der Arbeitskammer die beteiligten Unternehmer und Arbeiter durch ihre Organisation gehört werden sollten. Bei der Beratung im Reichstage nahm die sozialdemokratische Fraktion ihren alten Antrag auf Errichtung eines Reichsarbeitsamts und Arbeiterkammern wieder auf, zog ihn aber nach Ablehnung des § 1 zurück, obwohl sie der Meinung war, daß Arbeiterkammern, die auch von anderen Parteien im Laufe der Zeiten für durchaus richtig gehalten wurden, die bessere Lösung darstellten.

In der weiteren Beratung beteiligte sich die Regierung wenig. Wohl sprach sie ein „Unannehmbar“ bei der Einbeziehung der Eisenbahnwerkstätten aus. Es blieb die Wählbarkeit der Gewerkschaftsangehörigen und es bestand die Hoffnung, daß in dritter Lesung eine Einigung erzielt worden wäre.

Die Zurückziehung des ganzen Entwurfs machte aber die langwierige Beratung hinfällig. Seit dem Dezember 1910 ruht also das ganze Werk, das am Widerstand der damaligen Regierung gescheitert ist. Nunmehr solle ein neuer Entwurf erfolgen. Das kann nach dem früheren Verlauf nur bedeuten, daß die Regierung an den früheren Hindernissen nicht mehr festhalten, sondern bedeutungsvolles Entgegenkommen gewähren will. Ist das richtig, dann wäre die Aussicht vorhanden, daß die langen Kämpfe das günstige Ergebnis erzielen, ein besseres Gesetz zu haben als noch die kühnsten Träume vor einigen Jahren erhoffen ließen. Heute wird mit größerem Nachdruck auf eine Regelung bestanden werden können, die den berechtigten Wünschen der nächstbeteiligten — der Arbeiter — in erster Linie gerecht wird.

Die Leidensgeschichte einer Interessenvertretung scheint sich nunmehr dem Ende zuzuneigen. Möge das Ende ein gutes sein und möge in der Zeit der großen äußeren Umwälzungen auch auf diesem Gebiete ein großzügiges Werk entstehen. H. F.

Die Ausgelernten in die Gewerkschaft

Es sind hundertaufende Ausgelernte aller Gewerbe und Industrien, die nun in die Reihen der Arbeiterschaft als freie und selbständige Arbeiter eingetreten sind. Sie haben mindestens im letzten Jahrzehnte schon die Stelle eines Arbeiters ausgefüllt, die Leistungen eines solchen vollbracht und daher die Einstellung eines solchen überflüssig gemacht. Aber der Lehrling erhielt für seine Arbeiterleistung nicht auch den Arbeiterlohn, sondern nur einen kleinen und unzulänglichen Lohn und in dem großen Unterschied zwischen diesen bescheidenen Lohnsätzen besteht der Stachel, der Gewinne, den der „Lehrherr“ vom Lehrling aus der Lehrlingsarbeit zieht. Darum nach dem von vielen Unternehmern eine wahre Lehrlingsjücherei betrieben, von der in der früheren Friedenszeit die Fabrikinspektoren in ihren Jahresberichten manche drastische Schilderung gegeben hatten.

Das Arbeiterleben ist den Ausgelernten nicht fremd. Sie sind meistens Arbeiterkinder, haben in der Lehrzeit wie Arbeiter gearbeitet; die Licht- und Schattenseiten der Arbeit in fremdem Dienste am eigenen Leibe verspürt und an den neben und mit ihnen tätigen Arbeitern Beobachtungen machen, Erfahrungen sammeln, Lebensweisheit lernen können.

Die zahlreichen, so ziemlich in allen Werkstätten und Fabriken tätigen organisierten Arbeiter, die Jugendbewegung, sollten den größten Teil der Ausgeleiteten mit sozialem Denken und proletarischem Solidaritätsgefühl, mit vollem Verständnis für die gewerkschaftliche Organisation erfüllt haben, so daß ihnen nur der sofortige Anschluß an die Gewerkschaft als eine Sache der Selbstverständlichkeit erscheint. Sie sollten nicht erst mit diesem Schritte zuwarten bis „nachher“, denn dafür fehlt jeder triftige Grund. Jeder Lohnarbeiter ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts gehört in die Gewerkschaft; mit dem Augenblick, da sich der Lehrling in den Lohnarbeiter verwandelt, soll er auch den Anschluß an die Gewerkschaft vollziehen. Die Gewerkschaft wartet auch nicht mit der Gewährung ihrer Errungenschaften an den jungen Arbeiter bis später, sondern er wird ihrer teilhaftig, mag es sich um Lohnerhöhung, Feuerungszulagen, kürzere Arbeitszeit oder andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen handeln. Die Anteilnahme der neuen Arbeiter an den Errungenschaften der Gewerkschaft aufweist ihnen auch die Pflicht der Gegenleistung, die in dem Eintritt in die Gewerkschaft besteht. Da gelten so recht für den jungen Arbeiter die Worte Goethes:

Was du ererbst von den Vätern hast,  
Gewinn es, um es zu befeigen.

Der neue Gewerkschafter soll mithelfen, das Errungene zu behaupten und hochzuhalten, ferner auf dieser Grundlage weiter zu bauen, neue Fortschritte und Erfolge zu erringen, immer vorwärts und aufwärts zu kommen!

Der junge Arbeiter soll kein Feigling und duckmäufiger Streber sein. Er soll nicht voller Angst sein, wenn er sich der Gewerkschaft anschließen soll. Es gibt einmal nur noch wenige rückständige gewalttätige Unternehmer, die den Arbeitern ihr heiliges Koalitionsrecht rauben, denn die Arbeiterbewegung hat durch zahlreiche und heftige Kämpfe die Anerkennung und Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter errungen; und sodann schafft man das Unrecht nicht dadurch aus der Welt, daß man sich ihm feige unterwirft, sondern nur dadurch, daß man sich ihm entgegenstellt, daß man den Kampf mit ihm aufnimmt und es aus der Welt schafft. Gewiß sehen viele Unternehmer die Gewerkschaft nicht gern und wenn sie sie nicht unterdrücken können, so suchen sie ihre taktvolle Wirksamkeit zu hindern. Damit beweisen sie nur, wie hoch sie die Bedeutung der Gewerkschaft für die Arbeiter und gegen sich selbst einschätzen und dieser Umstand muß für die Arbeiter ein Grund mehr sein, erst recht in der Gewerkschaft zu sein und sich eifrig an ihrer gemeinnützigen Wirksamkeit für alle Arbeiter eifrig und unermüdet zu beteiligen. Die alberne Phrase der Unorganisierten und der proletarischen Gewerkschaftsfeinde: „Die Organisation macht ja doch nichts!“ wird nicht besser widerlegt als durch die hohe Einschätzung der Gewerkschaft durch die Unternehmer.

Strebsam soll der Arbeiter sein, aber nicht auf trümmigen Wegen und nicht mit unfauberen Mitteln. Er soll sich nicht durch Zuträger, Untertätigkeit und tobdringende Abrede Vorteile vom Unternehmer verschaffen und sich damit besser stellen wollen als sein aufrechter und charaktervoller Nebenarbeiter, der für solches verächtliche Gebaren nur Abscheu und Verurteilung kennt. Ehrlich und mit reinen Mitteln soll der Arbeiter strebsam sein; strebsam für die Förderung seiner Berufstätigkeit, für hohen auskömmlichen Lohn, für kurze Arbeitszeit, für alljährlichen bezahlten Ferienurlaub, für anständige und achtungsvolle Behandlung durch die Vorgesetzten usw. Diese Strebsamkeit kann aber der einzelne Arbeiter nicht erfolgreich betätigen, denn ihm allein zuliebe wird zum Beispiel nicht die 10stündige Arbeitszeit auf 8 Stunden verkürzt; diese Strebsamkeit kann nur durch die gewerkschaftliche Gemeinschaftsarbeit aller erfolgreich betätigt werden für alle.

Im kapitalistischen Betriebe versagt der Einzelne, geht all sein eheliches Streben sang- und klanglos unter. Im kapitalistischen Betriebe ist das Wohl des einzelnen Arbeiters untrennbar verknüpft mit dem Wohl des gesamten Proletariats, für das daher das Gebot der Selbsterhaltung die Solidarität ist nach den Worten: „Einer für alle und alle für einen!“

Zu dieser Begleitung für die Ausgeleiteten möchten wir nur noch den poetischen Willkommgruß an sie richten:

Was die Gewerkschaft will?

Frug' nicht mehr lang! Nur unsre Einigkeit  
Führt uns entgegen einer bessern Zeit!  
Reicht nur hat das Proletariat die Stärke,  
Die es gebraucht, um bei dem großen Werke  
Der Volksbefreiung nicht zu unterliegen!  
Durch Einigkeit zur Kraft! Die Kraft wird siegen!

### Unser Verband in der 140. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 140. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnungen sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungskreisen: Böbau, Maguhn, Tangermünde, Talsperre, Lauenburg, Oldenburg, Neterien, Wedel-Schulau, Lorrach, Offenburg, Zweibrücken und Kaufbeuren.

Übersicht über die Zeit vom 1. bis 7. April 1917.

Wochentag	Verwaltungskreise haben berichtet	Mitgliederzahl zu Anfang der Woche	Davon vom Heer entlassen	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Heer eingezogen	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitslos	Wochenbeitrag	Zugaben für Arbeitslosenunterstützung
1.	33	7767	53	29	7	7739	26	0,3	87
2.	30	5863	22	64	11	5799	33	0,6	101
3.	31	8677	37	87	6	8590	9	0,1	35
4.	50	40616	196	224	139	40292	249	0,6	1717
5.	78	34419	124	208	79	34211	44	0,1	289
6.	38	30631	123	211	61	30420	18	0,0	119
7.	34	37591	113	365	71	37226	23	0,1	228
8.	27	13698	34	92	33	13606	10	0,1	59
9.	47	28330	101	251	108	28079	282	1,0	80
10.	89	21727	70	167	76	21621	75	0,3	502
11.	1	57885	205	30	30	57855	154	0,3	809

Zus. 408 | 12 | 287264 | 1078 | 1827 | 621 | 285437 | 918 | 0,3 | 4028

\* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtswochen wurden (außer Berlin) 3151 neue Mitglieder aufgenommen. 457 Mitglieder wurden mehr vom Heer entlassen als eingezogen.

4706 Mitglieder = 1,6 v. H. (4732 = 1,7 v. H. in der Vormoche) waren krank gemeldet, an die 16986 A. Unterstützung ausbezahlt wurden.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Zum Zweck zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 29. April der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. April bis 5. Mai 1917 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandstatuts gestattet:

Der Verwaltungskreis Lubwighshafen a. Rh. vom 1. April 1917 an monatlich 50 Pf.

Der Verwaltungskreis Zweibrücken für weibliche und jugendliche Mitglieder 5 Pf die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postkontokonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16, 1.

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungskreise als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

## Berichte

### Metallarbeiter.

Düsseldorf. Arbeiterauswahl auf der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik, A. G. Die Wahl fand für die Hauptwerke in Düsseldorf-Deendorf am 7. April statt. Es waren 7 Listen eingereicht worden, auf die Stimmen entfielen:

Liste	1	2	3	4	5	6	7
Stimmen	804	18	9914	86	25	—	16

Liste 1 ist die der Gelben und Liste 3 der Vereinigten Gewerkschaften. Die Gelben erhalten 1, die Vereinigten 14 Vertreter. Die übrigen Listen gehen leer aus. Auf eine Liste fielen überhaupt keine Stimmen und weitere 3 Listen erhielten weniger Stimmen, als sie Namen enthielten, denn auf jeder Vorschlagsliste befanden sich 45 Personen. Wie ist das möglich? Die Sache liegt einfach so: Nachdem bei Krupp in Essen die Unorganisierten geschlossen für die Gewerkschaftsliste gestimmt hatten, mußte das bei Ehrhardt anders gemacht werden. Es erscheint manchen Leuten, die von der Arbeiterbewegung nichts verstehen, so ungeheuer plausibel, daß die Unorganisierten doch auch eine Vertretung haben müßten. Auch Herr Jonas, der Leiter des Büros für Arbeiterangelegenheiten, zu gleicher Zeit geistiger Leiter des „Werkevereins“, glaubte, seinen Wahlsieger auf der Höhe von der berechtigten Vertretung der Unorganisierten aufbauen zu können. Zwar dachten hier die Unorganisierten nicht daran, für sich besondere Listen anzufertigen. Sie wissen recht gut, daß ihre Interessen von den Gewerkschaften gewahrt werden. Aber dafür sorgte in ausgiebiger Weise Herr Jonas. Nicht weniger wie 5 Listen mit Unorganisierten und für Unorganisierte ließ er aufstellen. Eine Liste der unorganisierten Männer, sodann eine Liste der unorganisierten Frauen. Außerdem 3 Listen für einzelne Betriebsabteilungen. Auch die nötigen Flugblätter schrieb Jonas dazu, in denen er die Unorganisierten aufforderte, als „aufrichtige“ Männer für „ihre Liste“ zu stimmen. Die Flugblätter wurden von der Firma bezahlt und von den Portiers verteilt. Und nun dieser Meißel. Da war die Situation doch bei Krupp noch angenehmer. Bekanntlich hatten die Unternehmer auch bei Errichtung der Schlichtungsausschüsse den Standpunkt vertreten, es sei unbillig, daß nur Organisierte als Vertreter bestellt würden und die Unorganisierten ohne Vertretung bleiben sollten. Die Gewerkschaften hatten allerdings behauptet, daß die Unorganisierten die Gewerkschaften als ihre Interessenvertretung betrachten. Sie hatten es behauptet, aber nicht in vollem Umfange beweisen können. Herr Jonas kam den Gewerkschaften zur Hilfe und erbrachte den Beweis. Er erbrachte ihn glänzend: 145 Stimmen auf 5 Listen, bei fast 11 000 abgegebenen Stimmen. Wirklich! Die Gewerkschaften sind Herrn Jonas zu Dank verpflichtet. Er gab ihnen Gelegenheit, einwandfrei den Beweis zu führen, daß sie auch hier im Westen als Interessenvertretung der Gesamtarbeiterschaft ausschließlich der Unorganisierten gelten. Und die nicht geringen Kosten für dieses Experiment bezahlte die „Rheinische“. Rika 200 000 Stimmzettel wurden (bei der jetzigen Papierknappheit) als Wahlzettel gedruckt. Dazu die verschiedenen Flugblätter, von denen allerdings ein besonders vornehmer am letzten Tage nicht zur Ausgabe gelangen durfte. Die Gewerkschaften hatten Stimmzettel drucken lassen. In Anbetracht der Papierknappheit waren sie nicht groß. Die Wahlvorschriften besagen darüber nichts. Herr Jonas ließ nun Zettel drucken, die doppelt so groß waren und machte am Tage der Wahl bekannt, daß die Zettel der Gewerkschaften ungültig seien, weil sie ein anderes Format hätten, wie seine. Das war natürlich nicht richtig, aber der Zweck sollte sein, Verwirrung herbeizuführen. Ob die kleineren Stimmzettel der Gewerkschaften in Wirklichkeit für ungültig erklärt worden sind oder nicht, weiß von diesen keine. Das klingt zwar ungläublich, ist aber doch richtig. Im Wahlvorstand waren keine Gewerkschaftler. Bei der Stimmenzählung wurden sie nicht zugelassen. Herr Jonas hatte hierzu einen Polizeibeamten hinzugezogen, damit kein Mißtrauen aufkomme. Mehrere Male mußten die Gewerkschaften während des Wahlkampfes die Hilfe des Gewerbeinspektors in Anspruch nehmen, um gegen Unregelmäßigkeiten zu protestieren. Es lägen auch genügend Proteste vor, um die Wahl anzusehen zu können. Aber nach dem Ausgang derselben liegt für die Gewerkschaften kein Anlaß vor, sich die Arbeit noch einmal zu machen. Eine Frage sei noch aufgeworfen. Kennt die Direktion alle die bei dieser Wahl vorgekommenen Mißstände? Und wenn das der Fall ist, was man eigentlich annehmen sollte, werden sie von ihr gebilligt? Die Wahlunfälle dürften sich auf mehrere tausend Mark belaufen. Es handelt sich um Gelder der „Rheinischen“. Sie ist für die Wahl und alle Begleiterscheinungen voll verantwortlich.

Essen a. R. Eine Entwicklung, wie die im 1. Vierteljahr 1917 hat die Essener Verwaltungskreise des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes seit ihrem Bestehen noch nicht gesehen. Die Ursachen dazu sind in Bewegungen wirtschaftlicher Art und in den Bahlen zu den in Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Arbeiterauswählungen zu suchen. Nachdem auf diesen Gebieten die größte Arbeit geleistet ist, hält sich aber der Zugang immer noch beträchtlich über dem durchschnittlichen Maß früherer Vierteljahre, so daß eine weitere nennenswerte Steigerung der Mitgliederzahl auch im 2. Vierteljahr 1917 zu erwarten ist. Im Gegensatz zu den „Wirtschaftsfriedlichen“, die durch die Verhältnisse gedrängt, vor kurzer Zeit in ihrem Blatte statistische Angaben über ihre Mitgliederbewegung machten, rechnen die freien Gewerkschaften die zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder in ihren Beständen nicht mit. Im Deutschen Metallarbeiter-Verband geht das schon aus dem Grunde nicht, weil auf den Kopf eines jeden Mitgliedes im Vierteljahr nicht weniger als zwölf Wochenbeiträge zu verrechnen sind und Soldaten ferner in unserer Organisation selbstverständlich von jeder Beitragsleistung entbunden. Das Jahr 1916 schloß mit einer Mitgliederzahl von 3475 ab. In Neuaufnahmen waren 1685 zu verzeichnen. Dazu kommen noch 7 Hebertitel aus anderen Organisationen. Der gesamte Zugang betrug 1843, der gesamte Abgang, einschließlich der zum Heeresdienst Eingezogenen, belief sich auf 328, so daß am 31. März die Mitgliederzahl auf 4990 gestiegen war. Am 7. April betrug die Mitgliederzahl bereits 5100, darunter 414 weibliche Personen. Die Zahl der abgehaltenen Versammlungen und Sitzungen erreichte eine Höhe von 185. Der Außendienst hat also eine starke Erweiterung erfahren. Diese erstreckt sich nicht nur auf die Kruppische Gussstahlfabrik, sondern auch auf andere Betriebe. So wurden zum Beispiel Versammlungen abgehalten für die Arbeiter von Steffens & Kalle.

Dinnendahl, Deutsch-Luxemburgische Mitte in Ad. Gasse, Gewerkschaft Christine in Kupferdreh, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk und andere Betriebe. Die Versammlungen waren ausnahmslos gut besucht. Ein gesunder gewerkschaftlicher Geist kam in ihnen zum Ausdruck. In Steele wurde ein neuer Bezirk ins Leben gerufen, der bereits mehr als 100 Mitglieder aufweist. Diese fruchtbringende Tätigkeit führte naturgemäß auch zu einer Vermehrung der Büroarbeiten. Die Verwaltung entschloß sich deshalb zur Einstellung einer weiblichen Schreibhilfe. Mehr als zu legend einer andern Zeit kam das Verlangen der Arbeiter nach höherem Verdienst zum Ausdruck. Die nach dieser Richtung abzielenden Anträge wurden nicht immer genügend berücksichtigt. Sie fanden für die Kruppischen Arbeiter einen gewissen Abschluß, als das Direktorium der Gussstahlfabrik mit dem Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath in Verhandlungen eintrat und sich zu Zugeständnissen verpflichtete. Das Ergebnis der Verhandlungen äußerte sich in der Beschränkung der Sonntagsarbeit, Erhöhung der Hilfsarbeiter- und Facharbeiterlöhne, wohlwollende Nachprüfung ungünstiger Akkordarbeiten und Bezahlung der Ueberstunden- und Nacharbeit mit einem Zuschlag von 5 % für die Stunde. Es kann hier ruhig gesagt werden, daß das Direktorium im allgemeinen dafür gesorgt hat, daß seine Zugaben auch durchgeführt wurden. Wenn sich in einigen Betrieben noch Unstimmigkeiten über den Begriff „ungünstige Akkorde“ gezeigt haben und noch zeigen werden, so wird eine einwandfreie Klarstellung der Arbeiter diese Uebelstände zu beseitigen haben. Es gibt immer noch Betriebsbeamte, die sich um die Zeitverhältnisse ebensowenig wie um die Strömungen innerhalb der Arbeiterschaft kümmern; die aus den Vorgängen des öffentlichen Lebens keine Lehren ziehen wollen oder können. Eine energische Anweisung des Direktoriums an die in Frage kommenden Betriebe würde nicht nur sehr viel zur Beruhigung der Arbeiter, sondern auch zur Entlastung des neugewählten Arbeiterauswählungsausschusses beitragen. Erfolgreich wie die Bewegung bei der Firma Krupp ist auch jene bei Steffens & Kalle verlaufen. Die Verdienste wurden dort von 3 bis 10 % für die Stunde erhöht. Eine wohlwollende Berücksichtigung der gestellten Anträge ist den Verbänden auch von der Gewerkschaft Christine zugesagt worden. Die Bewegung auf diesem Werke ist noch nicht abgeschlossen. Daselbst trifft auch für jene auf dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk zu. Zu Differenzen kam es am 20. Februar bei der Firma Schmittenhaus. Nähere Mitteilungen sind der Verwaltung über die dortigen Vorgänge nicht gemacht worden. In diesen Betrieben stellt es sich nach einer Organisation, die zum Nutzen der Arbeiter wirken könnte. — Am 18. Februar legte in Elberfeld eine Bezirksverwaltung der Heizungsmonteure und Helfer. Nach reiflicher Ausprache wurde beschlossen, den seit Jahren bestehenden Lohn- und Akkordtarif wegen seiner durch den Krieg hervorgerufenen Unzulänglichkeit zu kündigen. Eine Kommission wurde beauftragt, die neuen Bestimmungen anzubereiten und sie dem Arbeitgeberverband vorzulegen. — Die Schwereleistungen in der Volksernährung veranlaßten die Verwaltung zur Abfassung einer Eingabe, die gemeinschaftlich mit dem christlichen Metallarbeiterverband dem Kriegsernährungsamt in Berlin eingereicht wurde. Bald darauf fand dann eine Aussprache zwischen Vertretern des Kriegsamtes und Vertretern unseres Verbandes im Hotel „Burg-Hof“ statt. Die Konferenz legte Zeugnis ab, daß die Regierung den Wünschen der organisierten Arbeiter größere Bedeutung beimißt, als das früher jemals der Fall war. — In der Berichtszeit fand auch die Wahl des Arbeiterauswählungsausschusses auf der Gussstahlfabrik statt. Das Resultat war für die „Wirtschaftsfriedlichen“ niederstimmend. Unsere Behauptung, daß ein großer Teil der Werkevereinsmitglieder die Liste der vereinigten Gewerkschaften gewählt habe, ist inzwischen voll bestätigt worden. Selbst in Wahlabteilungen mit überwiegend wirtschaftsfriedlichem Einschlag kam die Werkevereinsliste nicht auf ihre Rechnung. So vereinte Herr Münchrat zum Beispiel in den Kruppwerkstätten I und II nur 95 Stimmen auf seine Liste, während für die vereinigten Gewerkschaften 543 abgegeben wurden. Auch in der Konsumantfabrik blieben die Werkevereinsmitglieder mit 96 gegen 139 Stimmen in der Minderheit. Daselbst trifft zu für die Abteilungen Bürobedienungs, Oberkontrolle, Wohnungsverwaltung, Kruppischer Bildungs- und Gartengartenverein und das Büro für Arbeiterangelegenheiten. Diese Tatsachen sprechen genug. Wir können deshalb darauf verzichten, auf die im „Werkeverein“ erfolgten Angriffe zu erwidern. — Das 1. Vierteljahr 1917 hat neben vielen Entlassungen für die Metallarbeiter Essens erfolgversprechend begonnen. Was erzwungen wurde, muß festgehalten und weiter ausgedehnt werden. Diese schwierige Aufgabe haben die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu erfüllen.

Hamburg. Ueber Ernährungsfragen und Hilfsungsarbeit sprach in einer am 10. April von der Verwaltungskreise Hamburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes einberufenen Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung der Vertreter des Kriegsernährungsamtes, Herr Hauptmann v. Heringen. Einleitend wies Heringer darauf hin, daß die uns zur Verfügung stehenden Vorräte nur gering seien und wir recht sparsam wirtschaften müssen, wenn wir bis zur nächsten Ernte, die durch die schlechten Witterungsverhältnisse eine unliebsame Verzögerung erleiden dürfte, durchkommen wollen. Die Körnerernte hat die Hoffnungen nicht erfüllt, die wir im vorigen Herbst auf sie setzten, auch hat die Kartoffelernte jänner enttäuscht. Das ist eine Tatsache, die festliegt und nicht abzuleugnen ist. Diese Tatsache erfordert Ersparungen beim Heer und bei der Marine. Jeder muß sich Entbehrungen unterwerfen im Interesse des Volksgutes. Er, Heringer, sei vollkommen neutral und könne sich in die Lage der Arbeiter hineinversetzen. Er könne die unruhige Stimmung begreifen und wolle ihr eine gewisse Berichtigung nicht absprechen. Wir müßten aber mit Tatsachen rechnen, die sehr ernst sind. Es ist richtig, daß dieser oder jener Landmann Vorräte zurückbehalten hat. Das Verbrechen ist aber nicht größer wie das des städtischen Hamsters (?). Welche Uebel sind gleich zu verteilen, sie nämlich auszurotten, ist aber unmöglich, das sind menschliche Schwächen, denen man nachsichtig gegenübersteht. Milde soll dem Landmann gegenüber nicht angewandt werden und wird auch nicht angewandt. Der Landmann darf aber keine Arbeitsfreudigkeit nicht verlieren, damit wir nicht vor eine Katastrophe gestellt werden, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Wenn wir gezwungen würden, einen frühzeitigen Frieden zu schließen, dann würde die erste Bedingung, die unser schlimmster Gegner an uns stülte, sein: wirtschaftliche Unterstützung und sofortige Zufuhr von Lebensmitteln und Heizstoffen. Wenn wir dann von unseren knappen Vorräten noch etwas abtreten müßten, würde das, was der Gegner jenseits der Küste will, in Erfüllung gehen: das deutsche Volk wäre vor dem Hungertode gestellt. Das sind Tatsachen, die sich jeder einprägen muß, es sind bitterste nackte Tatsachen. Wir erkennen die Schwereleistungen nicht, mit denen die Arbeiterschaft zu kämpfen hat, darum sind wir auch stets bestrebt, sobald nur die Möglichkeit vorhanden ist, mehr zu geben, dieses der Arbeiterschaft als erster zuzuführen. Für die verantwortlichen Stellen wäre es auch viel einfacher, wenn sie aus dem Vollen schöpfen könnten, leider ist das aber nicht möglich, weil nicht genügend da ist. Da nicht kein Mehl und Mehen, kein Arbeitsniederlegen und kein Streiken, das müßten sich die Arbeiter hermachen. Kein Gramm kann mehr gegeben werden, auch wenn man sich zu dem gefährlichen Verfahren der Arbeitsniederlegung herbeilassen sollte. Der Redner wendete sich nunmehr der Zentraleinkaufsgesellschaft zu, die die gesamte Einfuhr aus neutralen Staaten zu regeln hat. Die Gründung einer derartigen Organisation war notwendig, um der Preissteigerung entgegenzutreten, die die holländische Regierung zu der Maßnahme veranlaßt hätte, die geringe Ausfuhr zu verbieten und ihre Grenzen vollständig zu schließen. Unsere Vorräte in Humanien sollten ja nach einer Verdichterleistung äußerst gering sein. Gewiß sind arsehnliche Vorräte gefunden worden, aber teiste man diese auf eine Bevölkerung von 67 Millionen Deutsche, außerdem Bulgaren und Türken, dann schmelzen die Zentner zu Grammen zusammen. Hinsu kommen die Beförderungs-schwierigkeiten. Es stehen uns nicht genügend Eisenbahnen und andere Beförderungs-mittel zur Verfügung. Die Bewegung unserer Truppen auf der gewaltigen Front, die wir besetzt, nimmt die Eisenbahnen in erster Linie stark in Anspruch. Das sind alles Tatsachen, mit denen man rechnen muß. Viele Klagen wurden laut, daß die Kartoffeln nicht

rechtzeitig zur Stelle waren. Bei den Kartoffeln muß nebst den Vorkümmern die Bitterkeit in Betracht gezogen werden. Bei Frost ist es nicht möglich, die Kartoffeln zu befruchten, auch wenn die Wägen geheizt sind. Die Kartoffeln verlieren schon beim Aus- und Einladen. Derselbe Gefahr besteht aber auch, wenn die Mieten bei Frost geöffnet werden. Dieser Gefahr darf man sich bei der Knappheit nicht aussetzen. Das Fehlen gemacht worden sind, soll zugegeben werden, dafür sind wir Menschen und mit menschlichen Schwächen muß gerechnet werden. Dann ist die Gefangenen- und Arbeiter-Verpflegung in Betracht zu ziehen. Unsere Verpflichtungen müssen wir denen gegenüber erfüllen, und zwar so, daß wir den heimatischen Verhältnissen Rechnung tragen. Den Gefangenen muß über Mägenacht werden, daß sie die Postlage, in der wir uns befinden, denen zu danken haben, die den Krieg nicht mit der Waffe führen, sondern dadurch, daß sie uns aushungern wollten. So häufen sich ungeliebte Schwierigkeiten, die sich nur bis zu einem gewissen Grade beseitigen lassen, die aber das erforderliche Durchhalten nicht beeinträchtigen dürfen. Der Redner schloß: Sie, meine Herren, sind auch Führer der Arbeiter. Es ist leicht Führer zu sein, solange die Verhältnisse gut gehen, Ihre Führerschaft soll sich aber zeigen, wenn es hart geht, wenn es Schwierigkeiten zu überwinden gibt, dann erst zeigt sich die Führerschaft. Hindenburg konnte auch nicht sagen, als er nach Ostpreußen gerufen wurde: Ich brauche so und so viel Truppen und Munition. Auch ohne das Notwendige voll zu besitzen, hat er es schaffen müssen. Auch die Führer in der Heimat können nicht sagen, wir brauchen mehr Brot, wenn nicht mehr da ist und nicht mehr gegeben werden kann, es muß aber trotzdem durchgekämpft werden. In der Stunde der Not zeigt sich der Führer, im Felde wie in der Heimat. Wie schwer und verantwortungsvoll es ist, verkennt niemand. Galt es aber unsere Truppen an der Ost- und Westfront dem Feinde stand, darf die Heimat nicht zurückbleiben. Mit demselben Vertrauen, mit dem wir auf unsere Truppen sehen, sehen wir auch auf die in der Heimat. Gegen den schlimmsten unserer Feinde, der vor Anfang des Krieges an die Absicht hatte, uns durch Hunger zu vernichten, müssen wir uns bis zum Versterben wehren. Erfüllen wir unsere Pflicht, dann wird es möglich sein, den Kampf zum siegreichen Ende zu führen. — In der Aussprache kritisierte der Kollege Popitz das Verhalten der Zentraleinweisungsgesellschaft, die der Vollmacht die Genehmigung verweigert habe, Lebensmittel für ihre Bergarbeiter aus dem neutralen Ausland einzuführen. Der Firma Krupp seien keine Schwierigkeiten gemacht worden. In seiner Erwiderung wies Hauptmann v. Heringen darauf hin, der Arbeiter selbst hat volles Recht auf dem Standpunkt, daß alles gleichmäßig verteilt werden solle. Die Arbeitsstellen dürfen keine Ausnahmen zulassen, sonst könnten andere Firmen sich mit Recht auf diese Ausnahmen berufen und für sich das Gleiche verlangen. Es ist nicht richtig, daß die Firma Krupp schmuggelt, sie gibt ihren Arbeitern nicht mehr, wie ihr von maßgebender Seite überwiesen wird. Uff ist mit der Verteilung der Hindenburgpende nicht zufrieden. Besonders Hamburg sei dabei zu kurz gekommen. Er wünscht, daß die Verteilung gleichmäßiger geschehen möge. Die Entlohnung auf den Werften sei ungenügend. Hauptmann v. Heringen gab zu, daß die Verteilung der Hindenburgpende keine glückliche war. Der Unterschied besteht aber nicht in Hamburg, sondern zwischen Hamburg und Altona. Die Verteilung selbst erfolgt gleichmäßig. Popitz wies auf den schlechten Gesundheitszustand der Werftarbeiter hin, die Krankenzahl steige von Monat zu Monat. Arbeiterpreise zwingen die Arbeiter, auf so manches zu verzichten, was noch zu kaufen vorhanden ist. Die Werftarbeiter wären zufrieden, wenn sie nur 1 M die Stunde verdienen. Es müßten unbedingt mehr Kartoffeln geliefert werden. Dr. Martini: 5 Pfund Kartoffeln können vorläufig nicht geliefert werden, dafür soll aber noch eine höhere Brotation weiter geliefert werden. Auch wird als Ausgleich eine Verdoppelung der Fleischration eintreten, zu einem für heutige Verhältnisse verhältnismäßig niedrigen Preise von 35 S, das halbe Pfund. Blatt ist der Meinung, daß nach der Preissteigerung zu schließen, wie an Kartoffeln und Zucker bedeutend mehr haben müßten. Hauptmann v. Heringen: Es ist richtig, daß Deutschland in Friedenszeiten eine sehr große Ausfuhr von Kartoffeln und Zucker hatte, aber auch die Einfuhr war nicht zu unterschätzen. Heute fällt die Einfuhr weg. Es werden aber auch in Ermangelung anderer Rohungsmittel heute bedeutend mehr Kartoffeln geessen. Außerdem verwendet die Generalverwaltung außer zu Ernährungszwecken einen großen Teil Kartoffeln und Zucker zu technischen Zwecken. Ferner läßt die Ertragsfähigkeit des Bodens nach, weil es an dem nötigen Dünger und Stickstoff mangelt. In der Hoffnung, daß diese Aussprache zu einem guten Ergebnis geführt habe und wir uns darüber klar seien, daß die nächste Zeit noch eine sehr schwere sein wird, schloß Redner mit dem Wunsch, die Vertrauensleute möchten dafür sorgen, daß die Arbeitsfreudigkeit nicht leidet, damit wir den schweren Kampf siegreich beenden können.

**Kohlleger.**

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für März 1917.

Beruf	Arbeitslos waren am 1. März 1917	Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis 31. März 1917	In Arbeit worden vermittelt vom 1. bis 31. März 1917	Arbeitslos waren noch am 31. März 1917
Ges.-u. Wasser-Kohlleger	—	41	37	2
Helfer	—	98	93	2
Freiungsmonteur	—	12	9	—
Helfer	—	36	33	—
<b>Zusammen</b>	—	<b>187</b>	<b>176</b>	<b>4</b>

**Rundschau**

Aus den Hilfsdienstanstalten.

**Sibirien.**

Die Dreher, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter in der Dreherei, sowie die Kupferhämmer der Firma Schichau in Sibirien hatten zu Anfang Februar d. J. den Arbeitsausweis beantragt, der Firma einige Forderungen aus Verrechnung ihrer Arbeitsverhältnisse einzureichen, und der Arbeiterausweis hätte Verhandlungen auf Grund des § 12 des Hilfsdienstgesetzes herbeigeführt. Obwohl die Firma gesetzlich verpflichtet war, mit dem Arbeiterausweis zu verhandeln, hat sie es unterlassen, die Forderungen schriftlich zu beantworten, und zwar in vollständig ablehnendem Sinne. Die Forderungen betrafen auf einen Mindestlohn von 10 S für Dreher und 6 S für Hilfsarbeiter, sowie 65 v. H. Zuschlag bei Nachtarbeit. Für Hilfsarbeiter wurde ein Stundenlohn von 30 S verlangt, für Arbeiterinnen ein Stundenlohn von 10 S. Ferner das Recht, in die Arbeitsverhältnisse jederzeit Einblick zu haben, also die Arbeitszeit zu erfahren. Außerdem wurde verlangt, daß für die Arbeiter, deren Familien nicht in Sibirien wohnen, dieselbe Lebensmittelbeihilfe bezahlt werden soll, die die anderen Arbeiter bekommen. Die ablehnende Haltung der Firma gab Veranlassung, die Sache dem Hilfsdienstausschuß zu unterbreiten, vor dem sie am 12. April verhandelt wurde. Dazu war auch ein Vertreter des Generalkommandos, ein Vertreter des Zivilkommandos, sowie Herr Generalrat Quirinus erschienen. Die Arbeiter waren durch die Bezirksleiter des Zivilkommandos und den Hilfsdienstausschuß vertreten, die Firma durch Herrn Direktor Sievers und zwei andere Beamte. Die Arbeitervertreter begnügten sich mit den Forderungen. Es wurden Verhandlungen der Dreher ein aus anderen Betrieben, besonders von den Werken der Rüstung und den Betrieben der Eisenindustrie in Sibirien, durchgeführt. Die Beschlüsse der gleichen Partei sind durch doppelt bis dreifach so hoch. Außerdem werden Gesundheitsfragen überreicht, die die Arbeiter für den Bedarf einer städtischen Familie nach den heutigen Notionen und des Gesundheitszustandes, nicht Rohungsmittel, sondern für

Kleidung usw. Ohne ein Glas Bier, eine Zigarre, irgendwelche Vergnügungen, ohne Arzt und Medizin betragen diese Kosten 68 bis 70 M die Woche nach gemäßigter Auffassung.

Der Vertreter der Firma erklärte, daß er und seine Begleiter nichts zu erwidern hätten und sie nur erschienen seien, um etwa notwendige Auskünfte zu erteilen. Auf die Frage des Vorsitzenden, Herrn Hauptmann Wittpahl, erklärte der Vertreter der Firma des weitern, daß er auch auf die von den Gewerkschaftsbeamten angebotenen Verhandlungen unter keinen Umständen eingehen würde. Auskünfte wurden dann erteilt, die Herren rechneten aus, daß, wenn sie die Forderungen der Arbeiter erfüllen würden, dies eine Erhöhung der Löhne seit der Zeit vor dem Krieg auf mehr als das Doppelte bedeuten würde. Es wurde ihnen darauf erwidert, daß dies doch nur auf die so überaus niedrigen Löhne, die vor dem Krieg bezahlt worden sind, zurückzuführen sei, denn was jetzt verlangt würde, sei ein Verdienst von ungefähr 1 M die Stunde für die als hochqualifizierte Arbeit einzuschätzende Tätigkeit eines Drehers. Es wurde von den Vertretern der Firma schließlich noch die Galtherische Statistik angezweifelt. Und Herr Direktor Sievers tat den klärenden Auspruch, daß solche Verpflegung, wie sie ein Arbeiter selbst habe, der Arbeiter sich nicht leisten könne! Wenn die Arbeiter etwas bescheiden wären, so könnten sie sehr wohl mit ihrem Verdienst auskommen. Diese Erklärung zog sich 2 1/2 Stunden hin. Nach etwa einstündiger Beratung verkündete dann der Vorsitzende das Folgende:

Es ist ein Spruch nicht gefällt worden, da 3 Stimmen für die Forderungen der Arbeiter gewesen, 3 Stimmen dagegen seien und er von seinem Recht, sich der Stimme zu enthalten, gemäß § 71 des Gewerbegerichtsgesetzes Gebrauch gemacht habe.

Es sind sofort Schritte eingeleitet worden, die Sache weiter zu verfolgen.

**Mehr Arbeiterinnen als Arbeiter in Deutschland.**

Der seit Monaten erwartete Zeitpunkt, wo im deutschen Wirtschaftleben mehr Arbeiterinnen als Arbeiter tätig sein werden, ist im Monat Februar eingetreten. Nach dem Reichs-Arbeitsblatt gehörten am 1. März den Krankenkassen als Mitglieder an 3 973 457 Arbeiterinnen, 3 962 625 Arbeiter, also 10 802 Arbeiterinnen mehr! Im Januar waren es noch 3 958 399 Arbeiter und 3 948 349 Arbeiterinnen, so daß erstere 10 050 mehr ausmachten. Ihre Zahl hat dann im Februar um 3226 zugenommen, dagegen die der Arbeiterinnen um 25 108, womit sie das Übergewicht über das männliche Geschlecht erreichten. Das Verhältnis ändert sich allerdings, wenn man die mehr als 700 000 Kriegsgefangenen berücksichtigt, die im deutschen Wirtschaftleben tätig sind, zugunsten der männlichen Arbeiter.

Trotz der fortwährenden Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen zeigt der weibliche Arbeitsmarkt immer noch ein Uebergewicht, indem im Monat Februar auf 100 offene Stellen 112 Arbeitsfindende kamen gegen nur 62 auf dem männlichen Arbeitsmarkt. Von den Arbeiterinnen entfällt wie von den Arbeitern der größte Teil auf Industrie und Gewerbe, dann folgen die häuslichen Dienstboten, die Landwirtschaft, der Handel, Verkehr usw.

Seit dem 1. Juli 1914, wo die Gesamtzahl der in den Krankenkassen versicherten Arbeiter und Arbeiterinnen 11 774 428 betrug, ist sie um 3 838 346 auf 7 936 082 zurückgegangen. Gegen den Stand am 1. Juli 1914 haben aber beide Geschlechter eine Verminderung erfahren, die Arbeiter von 7 536 761 auf 3 962 625, die Arbeiterinnen von 4 237 667 auf 3 973 457. Die gleichzeitige Vermehrung der Industriearbeiterinnen ist auf große Verschiebungen innerhalb der Frauengruppe selbst zurückzuführen. Die Zahl der häuslichen Dienstboten erfuhr eine Verminderung, auch die Zahl der Seemannsarbeiterinnen, und ebenso fand wieder innerhalb der Industrie eine Verschiebung statt, indem zum Beispiel in der Textilindustrie eine Verminderung, in der Metall- und Maschinenindustrie dagegen eine bedeutende Vermehrung der Arbeiterinnen eingetreten ist.

Die industrielle Frauenarbeit hat in der Kriegszeit eine ungeahnte große Bedeutung gewonnen, und zwar in allen Ländern, nicht nur in Deutschland. Es erwacht deshalb auch den Arbeiterinnen die hohe Pflicht gegen sich selbst und die gesamte Arbeiterklasse, sich mit den Männern gewerkschaftlich zu organisieren. Die proletarische Gemeinschaftsarbeit muß auch die Arbeiterinnen inbegriffen, denn: Einer für alle, alle für einen!

**Kriegsabschlüsse.**

Die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Interlärheim hat im Jahre 1916 wieder ein glänzendes Geschäftsergebnis erzielt. War im Vorjahr ein Teil der Aktionäre mit der niedrigen Dividende von 28 v. H. nicht zufrieden, so wird die Befriedigung in diesem Jahre um so größer sein, wo der Generalversammlung die Ausschüttung einer Dividende von 35 v. H. vorgeschlagen wird. Das, obgleich wieder gewaltige Abschreibungen und große Rückstellungen gemacht werden. Die sehr großen Aufwendungen für Neubauten werden aus laufenden Mitteln gedeckt, also verbundene Anlagen in der Weise geschaffen, daß um die für ihre Errichtung erforderlichen Summen der Reingewinn verringert wird, der bei einer anderen Uebung viel größer sein würde, als er sich nach dem Abschluß zahlenmäßig ergibt. Gleichwohl weist der Abschluß bei einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark einen Reingewinn von 8 025 444 Mark aus, so daß sich ein Reingewinn ergibt, der höher ist als das ganze Aktienkapital!

Die Schulden auf Schuldverschreibungen sind im Laufe des Jahres 1916 vollständig abgetragen worden. Alle Anleiheverträge sind auf 1 M abgeschrieben, wodurch die im Krieg erzielten Geschäftsergebnisse zu einem sehr großen Teil eine Verminderung fanden, die den Aktionären für die Zeit nach dem Krieg die Kesselschmelzen auf lange Jahre hinaus unbedingt sichert. Der außerordentlichen Rücklage ist wieder eine Million Mark zugewiesen worden; der Kreditslopfengrundstock wurde um 15 Millionen Mark vermindert. Auf neue Rechnung werden 1 098 889 M. vorgetragen. Die Rücklagen haben nach dem Bericht des Vorstandes jetzt die Höhe des Aktienkapitals erreicht. Es ist aber anzunehmen, daß damit die ganzen inschuldlichen Reserven noch nicht genannt sind. Man erinnert sich der unerschöpflichen Feststellungen, die im Vorjahre im Anschluß an die Berichtsjahres der Daimlerwerke gemacht worden sind, und wird annehmen müssen, daß die Grundzüge, nach denen damals verfahren wurde und die eine feste Anwartschaft erfuhren, auch jetzt wieder besteht worden sind.

Vorjahr und Aufsichtsrat bekommen 275 555 M, der Pensionskasse 13 Millionen Mark, den Arbeiterunterstützungskassen 100 000 M zugewiesen werden. Der Grundstock für die Pensionskasse für die Angestellten wird durch die Zuweisung von 13 Millionen auf 25 Millionen Mark gebracht.

Der in dem Jahresabschluss ausgewiesene Reingewinn würde die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 100 v. H. ermöglichen. Die Herren Aktionäre können, wenn sie das für zweckmäßig halten, den Pensionskasse, daß ihnen für ihre „Rücklagen“ und ihr „Konto“ in einem einzigen Jahre das bei einjähriger Kapital als Dividende ausgeschüttet wird! Für diese Herren ist der Krieg ein glänzendes Geschäft. Das hindert sie aber nicht, zu jammern, wenn sie nur geringe Bruchteile ihres Gewinns in Form der Kriegsgeheimnisse an die Allgemeinheit zurückzugeben sollen.

**Angesehener „Expres“-Urteil.**

Beim Jugoslawen Handwerks in Leipzig stand der Heizer Boigt gegen einen Wochenlohn von 35 M in Diensten. Am Vormittag des 11. September 1916 erklärte Boigt dem Ingenieur, er werde am Nachmittag ausreisen. Kurzschlüssig hat er dann am Nachmittag des selben Tages die Arbeit niedergelegt. Man wendete sich Handwerks an den Geschäftsführer des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer, Hermann. Dieser schickte ihm einen neuen Heizer, der aber 40 M Wochenlohn forderte und auch vom Ingenieur angenommen wurde. Der Ingenieur erhob Protest gegen seinen früheren Heizer, denn Gewerkschaft wegen Verweigerung Klage auf Schadenersatz. Im Verhandlungstermin am 20. September hat B. dem Ingenieur

Vorhaltungen gemacht, wie er Boigt auf Schadenersatz verklagen könne. Wenn er (B.) die Angelegenheit weiter verfolge, so würde er ihm den Betrieb sperren und die Angelegenheit auch in der Verhandlungszeit zur Sprache bringen; er werde dann durch den Verband überhaupt keine Leute mehr bekommen. Auf Betreiben des Ingenieurs wurde nur gegen den Geschäftsführer des Verbandes ein Strafverfahren wegen versuchter Erpressung eingeleitet.

Das Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, in der Berufungsinstanz wurde jedoch der Angeklagte wegen vollendeter Erpressung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Landgericht ließ dahingestellt, ob eine Klüftung der Angelegenheit von 14 Tagen bestanden, so daß die sofortige Arbeitsniederlegung ungescheit war. Infolgedessen habe dem Ingenieur nach § 124 der Gewerbeordnung ein Schadenersatzanspruch ausgedehnt. Der Einwand des Angeklagten, daß er den Schadenersatzanspruch des Ingenieurs für ungerechtfertigt gehalten habe, da er doch einen Ersatzmann besorgt habe, wurde als leerer Ausflucht bezeichnet. Der Angeklagte habe dadurch, daß er den Ingenieur zum Verzicht der Schadenersatzforderung überredet, dem Boigt einen unrechtmäßigen Vermögensvorteil verschaffen wollen. Seine Bemerkung, daß er ihm den Betrieb sperren wolle, enthalte die Klüftung eines Uebels, sei also eine Drohung. Jedwedes Vorgehens war, den Ingenieur zur Unterlassung einer Handlung zu nötigen.

Ungegen richtete sich die Revision des Angeklagten. Es liege nur eine Mahnung, keine Drohung vor, er habe den Ingenieur nur auf die Folgen seines Vorgehens aufmerksam machen wollen. Der Arbeitsnachweis des Verbandes habe überhaupt keine Verpflichtung, den Unternehmern Arbeitskräfte zu beschaffen. Der Angeklagte habe zum Ausmaß bringen wollen, daß er dem Ingenieur ein zweitesmal keinen Arbeiter zuweihen würde. Auch die conditionale Festlegung der Worte lasse erkennen, daß bloß eine Drohung vorliege. Sollte aber doch eine Erpressung angenommen werden, dann käme nur ein Versuch in Betracht, der aber straflos sei.

Das Oberlandesgericht in Dresden hat das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen. Das Urteil lasse sich nicht aufrecht erhalten, insoweit vollendete Erpressung angenommen worden sei. Offenbar habe der Angeklagte den Ingenieur zum Verzicht des Schadenersatzanspruchs gegen Boigt veranlassen wollen. Dieser Erfolg sei aber nicht eingetreten, also liege bloß ein Versuch vor. Die Feststellungen des Landgerichts seien in dieser Beziehung jedoch nicht klar und bedürften daher noch der Ergänzung.

**Arbeitervertreter bei der Volksernährung.**

Der Chef des Kriegsamt, General Krüger, hat nach einer Mitteilung in Berliner Wärdern an die einzelnen Bundesregierungen den Vorschlag gerichtet, daß grundsätzlich in alle Verteilungsstellen für Ernährungsprodukte in Stadt und Land Vertreter der Arbeiterschaft abzuordnen sind, damit diese aus persönlicher Mitarbeiterschaft an dem großen Werke der Volksernährung sich die Ueberzeugung verschaffen können, daß die vorhandenen Lebensmittel tatsächlich richtig erfasst und verteilt werden. Wie der Tag hört, hat der Gedanke des Kriegsamt bei den Bundesregierungen volle Billigung gefunden, und der Kommissar für Ernährungsfragen in Preußen, Dr. Michaelis, hat sich bereits mit dem ganzen Nachdruck seiner Persönlichkeit für die Verwirklichung des vom Kriegsamt angelegten Gedankens eingesetzt.

Der Landrat des Kreises Ederförde hat auf Wunsch der Gewerkschaften bestimmt, daß an der Nachprüfung der Kornvorräte im Kreise 20 Vertreter aus den Kreisen der Arbeiter und der städtischen Bevölkerung teilnehmen sollen. Er gibt dies der künftigen Bevölkerung durch öffentliche Anzeige bekannt und knüpft daran die Hoffnung, daß dadurch ein engeres Vertrauen der städtischen Bevölkerung gegen die ländliche und gegen die Arbeit des mit der Nachprüfung betrauten Ausschusses befestigt werde.

**Eingegangene Schriften**

Das Kaminchen. Praktische Anleitung für Judenknäuel von Adolf Kaiser, Marbach bei Würzburg (Rh.). Dritte, erweiterte Auflage. 24 Seiten. Preis 30 S. Gegen Vereinsendung von 35 S. an den Verleger freie Zusendung.

**Verbands-Anzeigen**

**Mitglieder-Versammlungen.**

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 3. April:

Burg bei Magdeburg, Gewerkschaftsh., 8.

Mittwoch, 2. Mai:

Röhrten, Gewerkschaftshaus, halb 8.

Sonntag, 6. Mai:

Weg. Komoten, Al. Altonaer-Str. 19, 3.

**Verstorben.**

Mittwoch, Paul Hartmann, Eisen-

dreher, 29 Jahre, Lungenentzündung.

Chemnitz, Friedrich Walter, Abtlung,

Dreher, 30 Jahre, Bluterkrankung.

— Wilhelm Hübner, Formner,

62 Jahre, Gehirnhämorrhagie.

— Gustav Albert, Kernmacher,

42 Jahre, Lungenentzündung.

— Max Querebach, Antzeicher, 63 J.,

Judenkrankheit.

— Karl Wilhelm Haier, Fuher,

64 Jahre, Altersschwäche.

— Robert Berthold, Dreher, 40 J.,

Lungenentzündung.

— Karl Hermann Böhme, Dreher,

50 Jahre, Lungenentzündung.

— Eugen Böhmer, Arbeiter, 25 J.,

Lungenentzündung.

— Hermann Böhmer, Schmied,

52 Jahre, Lungenentzündung.

— Joseph Briller, Metallarbeiter,

74 Jahre, Altersverfallung.

— Richard Eiche, Bohrer, 36 Jahre,

Bluterguss.

— Otto Pfeiffer, Hilfsarbeiter, 40 J.,

Bluterguss.

Chemnitz, Ernst Wilhelm Kipping,

Hobler, 54 Jahre, Herzschwäche.

— Friedrich Kippel, Schmied, 71 J.,

Herzschlag.

— Bernhard Köhler, Dreher, 68 J.,

Gehirnschlag.

— Max Krüger, Bohrer, 49 Jahre,

Lungenentzündung.

— Edwin Oswald Saag, Formner,

57 Jahre, Nierenleiden.

— Max Lichte, Metallarbeiter, 56 J.,

Darmleiden.

— Paul Lohs, Nadelmacher, 38 Jahre,

Herzleiden.

— Hermann Martin Martin, Nadel-

macher, 70 Jahre, Herzleiden.

— Fritz Müller, Metallarbeiter, 19 J.,

Lobeserische Unbefangenheit.

— Karl Ruckwitsch, Dreher, 32 Jahre,

Lungenleiden.

— Johannes Buchert, Mechaniker,

18 Jahre, Lungenentzündung.

— Max Bretner, Schmied, 46 Jahre,

Lungenentzündung.

— Johannes Rieber, Papierfäher,

53 Jahre, Lungenentzündung.

— Gustav Hermann Sacher, Hobler,

63 Jahre, Herzschlag.

— Karl Franz Sautors, Maler,

36 Jahre, Herzfehler u. Schwäche.

— Hermann Schneider, Arbeiter,

47 Jahre, Schlaganfall.

— Hermann Schöber, Schmied,

55 Jahre, Schlaganfall.

— Arthur Seidel, Hobler, 34 Jahre,

Lungenentzündung.

— Richard Seltmann, Formner,

52 Jahre, Lungenentzündung.

— Joseph Briller, Metallarbeiter,

74 Jahre, Altersverfallung.

— Richard Eiche, Bohrer, 36 Jahre,

Bluterguss.

— Otto Pfeiffer, Hilfsarbeiter, 40 J.,

Bluterguss.

— Karl Hermann Böhme, Dreher,

50 Jahre, Lungenentzündung.

— Eugen Böhmer, Arbeiter, 25 J.,

Lungenentzündung.

— Hermann Böhmer, Schmied,

52 Jahre, Lungenentzündung.

— Joseph Briller, Metallarbeiter,

74 Jahre, Altersverfallung.

— Richard Eiche, Bohrer, 36 Jahre,

Bluterguss.

— Otto Pfeiffer, Hilfsarbeiter, 40 J.,

Bluterguss.

— Karl Hermann Böhme, Dreher,

50 Jahre, Lungenentzündung.

— Eugen Böhmer, Arbeiter, 25 J.,

Lungenentzündung.

— Hermann Böhmer, Schmied,

52 Jahre, Lungenentzündung.

— Joseph Briller, Metallarbeiter,

74 Jahre, Altersverfallung.

— Richard Eiche, Bohrer, 36 Jahre,

Bluterguss.

— Otto Pfeiffer, Hilfsarbeiter, 40 J.,

Bluterguss.

— Karl Hermann Böhme, Dreher,

50 Jahre, Lungenentzündung.

— Eugen Böhmer, Arbeiter, 25 J.,

Lungenentzündung.

— Hermann Böhmer, Schmied,

52 Jahre, Lungenentzündung.

— Joseph Briller, Metallarbeiter,

74 Jahre, Altersverfallung.

— Richard Eiche, Bohrer, 36 Jahre,

Bluterguss.

— Otto Pfeiffer, Hilfsarbeiter, 40 J.,

Bluterguss.

— Karl Hermann Böhme, Dreher,

50 Jahre, Lungenentzündung.

— Eugen Böhmer, Arbeiter, 25 J.,

Lungenentzündung.

— Hermann Böhmer, Schmied,

52 Jahre, Lungenentzündung.

— Joseph Briller, Metallarbeiter,

74 Jahre, Altersverfallung.

— Richard Eiche, Bohrer, 36 Jahre,

Bluterguss.

— Otto Pfeiffer, Hilfsarbeiter, 40 J.,

Bluterguss.

— Karl Hermann Böhme, Dreher,

50 Jahre, Lungenentzündung.

— Eugen Böhmer, Arbeiter, 25 J.,